

Havixbeck, 12.08.2015

Es wird festgestellt, dass die Mitglieder des Ausschusses zu der heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen worden waren. Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Klaus Gromöller sind folgende Ausschussmitglieder anwesend:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Klaus Gromöller

Ratsmitglieder

Herr Christian Albrecht	als Vertretung für Herrn Wardenga
Herr Markus Böttcher	
Herr Dirk Dirks	
Herr Dirk Eikmeyer	
Herr Fred Eilers	als Vertretung für Frau Schäpers
Herr Hans-Gerd Hense	
Herr Dr. Friedhelm Höfener	
Herr Friedbernd Krotoszynski	
Herr Dirk Postruschnik	als Vertretung für Herrn Messing
Herr Hubertus Spüntrup	
Herr Matthias Wesselmann	

Protokollführer

Frau Hayrie Salish

von der Verwaltung

Frau Monika Böse
Herr Christoph Gottheil
Herr Dirk Wientges

Es fehlen entschuldigt:

Ratsmitglieder

Herr Ludger Messing
Frau Margarete Schäpers
Herr Thomas Wardenga

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr
Ende der Sitzung: 22:18 Uhr

Zurzeit befinden sich 12 stimmberechtigte Personen (mit BM) im Sitzungssaal.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Bürgermeister Gromöller die anwesenden Mitglieder, die Presse und die anwesenden Bürger und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Beschlussfassung über Änderungen und Erweiterungen der Tagesordnung

Änderungen oder Erweiterungen der Tagesordnung werden nicht vorgenommen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Fassung des öffentlichen Teils der Niederschrift der letzten Ausschusssitzung

Einwendungen gegen die Fassung des öffentlichen Teils der Niederschrift der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.06.2015 liegen nicht vor.

TOP 3

Bekanntgaben des Bürgermeisters

Herr Gromöller berichtet wie folgt:

TOP 3.1

Verkehrslärmgutachten für den Bebauungsplanentwurf „Erweiterung Wohnpark Habichtsbach“

Wie bereits per E-Mail mitgeteilt, ist das Verkehrslärmgutachten für den Bebauungsplanentwurf „Erweiterung Wohnpark Habichtsbach“ auf der Grundlage einer Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplanes überarbeitet worden. Die Ergebnisse dieses Gutachtens veranlassen mich, Ihnen die Anbindung der beiden Baugebiete lediglich in Form einer Notzufahrt zu empfehlen. Eine politische Beratung über die sich durch das Gutachten konkret für den Bebauungsplan ergebenden Auswirkungen kann frühestens mit Beginn der nächsten Sitzungsfolge am 03.09.2015 im Bau- und Verkehrsausschuss erfolgen. Insofern wird die seitens der Verwaltung für den 31.08.2015 vorgesehene Informationsveranstaltung für die Anlieger und die Öffentlichkeit zunächst abgesagt, um den Beratungen nicht vorzugreifen. Wegen des Umfangs der Gutachten und der erforderlichen Zeit zur Durcharbeit werden Ihnen per Mail die Unterlagen zeitnah zur Verfügung gestellt.

TOP 3.2

Förderung der Osttangente

Im Rahmen der Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplans 2010 hat die Gemeinde Havixbeck Betrachtungen zu einer möglichen Osttangente angestellt.

Eine Machbarkeitsstudie zur Realisierung des Bauvorhabens ist noch nicht beraten oder beauftragt worden.

Da dieses Thema von hoher Bedeutung für die Gemeinde Havixbeck ist, habe ich mich vorsorglich an das zuständige Dezernat 25 - Verkehr der Bezirksregierung Münster gewandt, um zu erfragen, ob der Bau der Osttangente mit Mitteln des Landes oder des Bundes gefördert werden könnte.

Leider hat mir die Bezirksregierung per E-Mail am 07.05.2015 mitgeteilt, dass zurzeit leider keine Möglichkeit besteht, "Neubaumaßnahmen" zu fördern, da die Fördertöpfe über keine ausreichenden Finanzmittel verfügen.

Gleichwohl bin ich noch auf den "Förderscout" der Bezirksregierung Münster zugegangen, um zu erfragen, ob es alternative Fördermöglichkeiten gibt, auf die das Dezernat 25 -Verkehr nicht zugreifen kann.

Zwischenzeitlich hat mir auch das Dezernat 35 - Städtebau, Bauaufsicht und Denkmalschutz fernmündlich mitgeteilt, dass eine Förderung der Osttangente nicht möglich ist. Bestenfalls könnten Maßnahmen, die sich durch die verkehrliche Entlastung des Ortskerns durch die Straße ergeben, gefördert werden (z.B. Umgestaltung eines Platzes, der jetzt von Durchgangsverkehr frei wäre).

Daraufhin habe ich noch einmal das Gespräch mit Frau Lemloh, der Förderlotsin, der Bezirksregierung Münster gesucht. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die beiden zuständigen Dezernate 25 und 35 eine Förderung für den originären Bau der Osttangente ausgeschlossen haben. Andere Dezernate der Bezirksregierung kommen für eine solche Förderung nicht in Betracht, so dass die Baukosten nach jetzigem Kenntnisstand allein durch die Gemeinde Havixbeck zu tragen wären.

TOP 3.3

Ausbau der K 50 und Bau eines Radweges in Havixbeck

Der Gemeinderat hat gemäß Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage 080/2013 der Priorisierung der Radwegebaumaßnahmen am 11.07.2013 zugestimmt. Nun soll in 2016 der Baubeginn für den Abschnitt K 50 (AN 2), L 581 (Overwaul) und K 1 (Hohenholte), Priorität 1, erfolgen. Die Baukosten für den Radweg liegen bei ca. 825.000 €. Der Eigenanteil der Gemeinde ergibt sich mit ca. 330.000 €.

Da der Bezirksregierung Münster bis zum 24.07.2015 eine Aussage zum Umsetzungswillen und auch eine Zusage der gesicherten Eigenfinanzierung vorliegen musste, habe ich per E-Mail am 23.07.2015 dem Kreis Coesfeld wie folgt geantwortet:

*„Sehr geehrte Frau Stegemann,
sehr geehrter Herr Dammers,*

ich beziehe mich auf Ihre Anfragen vom 22.06. und 21.07.2015 bezüglich der Übernahme des Eigenanteils für o.g. Radwegebau sowie den stattgefundenen Schriftverkehr per E-Mail zwischen Ihnen und meinen Mitarbeitern.

Gemäß Ratsbeschluss vom 11.07.2013 bestätige ich Ihnen die grundsätzliche Bereitschaft der Gemeinde Havixbeck, die notwendigen Haushaltsmittel für die Übernahme des Eigenanteils des Kreises durch die Gemeinde Havixbeck bereitzustellen. Mit diesem Ratsbeschluss wurde die Prioritätenliste gemäß Ihrem Schreiben vom 15.03.2013 bestätigt. Die Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel muss zu gegebener Zeit im Haushaltsplan erfolgen. Insofern steht diese Zusage unter Gremienvorbehalt, da noch keine Gelegenheit bestand, diesen Ansatz gemäß aktueller Kalkulation zu bilden. Weiterhin steht die Zusage unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kommunalaufsicht, da momentan noch die Regeln der vorläufigen Haushaltsführung gelten und ein Haushaltssicherungskonzept noch zu beschließen und zu genehmigen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Gromöller

Bürgermeister"

Die Einplanung der finanziellen Mittel müsste im Haushaltsplan 2016 erfolgen. Eigentümer und Betreiber des Radweges wird der Kreis Coesfeld. Der Radweg wird über einen Zeitraum von 45 Jahren beschrieben. Im Rahmen der Ausführungsplanung wird seitens des Kreises eine genauere Kostenschätzung erstellt.

Unter der Voraussetzung, dass die Gemeinde Havixbeck die Kosten der Vorfinanzierung übernimmt, ist es möglich, dass die Zahlung des Radweges erst 2018 nach Durchführung und Abrechnung der Baumaßnahme geleistet wird. Über die Vorfinanzierung ist eine Vereinbarung abzuschließen. Der entsprechende Zinssatz ist für den Zeitraum zu ermitteln.

Gleichzeitig hat der Kreis Coesfeld mit Schreiben vom 22.07.2015 die Programmanmeldung K 50 (AN 1) zwischen L 581 (Overwaul) und L 843 (Tilbeck), Priorität 2, bei der Bezirksregierung Münster vorgenommen. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist für 2017 – 2019 geplant.

Die Kosten für den Bau des Radweges sind gemäß Förderantrag des Kreis Coesfeld mit ca. 690.000 € zu beziffern, der Eigenanteil von 40 % liegt demnach bei ca. 276.000 €. Genauere Zahlen werden im Rahmen der weiteren Projektplanung ermittelt werden.

Die Einplanung der finanziellen Mittel müsste ebenfalls im Haushaltsplan 2016 erfolgen.

TOP 3.4

Antrag des Bürgerausschusses Hohenholte

In der Sitzung des Gemeinderates am 18.06.2015 (Anlage 4) ist der Antrag der Bürgerausschusses Hohenholte bekannt gegeben worden.

In derselben Sitzung ist unter dem TOP 34 (nicht öffentliche Sitzung) über die Schaffung von Wohnraum für die Unterbringung von Flüchtlingen beraten, entsprechende Beschlüsse sind gefasst worden.

Da sich die Situation in Bezug auf den dringend benötigten Wohnraum noch weiter verschärft hat, kann zum jetzigen Zeitpunkt keine abschließende Beratung zu den Anträgen des Bürgerausschusses stattfinden. Sobald mir nähere Informationen vorliegen, die eine sachgerechte Beratung ermöglichen, werde ich die Anträge den politischen Gremien zur Beratung vorlegen.

TOP 3.5

Beratung bzgl. der Ausweisung von Bereichen für die Windenergie

In der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 28.05.2015 ist im Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplanverfahren zur Ausweisung von Bereichen für die Nutzung von Windenergie die Beratung auf die Sitzungsfolge nach den Ferien verschoben worden und folgendes protokolliert worden:

„Auf Rückfrage von Frau Böse erklären die Fraktionsvertreter, dass sie der Verwaltung die offenen Punkte zeitnah zuleiten, damit gemeinsam mit dem Planungsbüro rechtzeitig vor der nächsten Sitzungsfolge die notwendigen fachlichen Stellungnahmen hierzu erarbeitet werden können.“

Bis heute sind der Verwaltung keine Fragen zugeleitet worden. Sollte seitens der Fraktionen jedoch gleichwohl Klärungsbedarf in Sachfragen bestehen, so wird gebeten, die Fragen bis spätestens 24.08.2015 der Verwaltung zukommen zu lassen, damit genügend Zeit bleibt, die offenen Punkte mit dem Planer zur Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 03.09.2015 zu klären.

TOP 4

Anfragen der Ratsmitglieder gem. § 17 Abs. 1 GeschO

Schriftliche Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 1 GeschO liegen nicht vor.

TOP 5

Haushalt 2015: Ergänzung der am 23.04.2015 vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltssatzung 2015 und Verabschiedung eines Haushaltssicherungskonzepts

Die Verwaltungsvorlage 080/2015 liegt vor.

Das Ergänzungsschreiben zur Verwaltungsvorlage 080/2015 mit ihren drei Anlagen liegt ebenfalls vor.

Zunächst führt Herr Gromöller grundsätzlich in das von der Verwaltung erarbeitete Haushalts sicherungskonzept ein. Ziel dieses Konzeptes sei es, bis zum Haushaltsjahr 2025 einen ausgeglichenen Haushalt der Gemeinde zu erzielen. Er betont, dass man bei der Ermittlung der voraussichtlichen Fehlbeträge (= Konsolidierungsbedarf) die Orientierungsdaten des Landes NRW für 2016 bis 2019 zugrunde gelegt habe, wobei es schwierig sei, Aufwendungen und Erträge in der Zukunft vorhersehen und einplanen zu können. Dies sei schon nach der Erarbeitung der Verwaltungsvorlage 080/2015 mit dem ersten Haushaltssicherungskonzept zu sehen gewesen – die Gemeinde werde nach einer anschließend vorgelegten 1. Arbeitskreisrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 im kommenden Jahr voraussichtlich 700.000 € weniger an Schlüsselzuweisungen erhalten, als dies zuvor angenommen worden sei. Aus diesem Grund musste das Haushaltssicherungskonzept anhand dieser Zahlen neu überarbeitet werden. Die überarbeitete Fassung sei den Ratsmitgliedern mit Schreiben vom 04.08.2015 zur Beratung vorgelegt worden und könne auch im Ratsinformationssystem eingesehen werden.

Herr Gromöller betont, dass im Haushaltssicherungskonzept bewusst mit konservativen Ansätzen gerechnet worden sei. Dies soll den Willen des Rates und der Verwaltung aufzeigen und belegen, dass seriöse Konsolidierungsvorschläge erarbeitet worden seien. Das vorgestellte Modell sei auf keinen Fall ein starres Gebilde – die Zahlen müssten in jedem Haushaltsjahr auf ihre Validität geprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Seit 2011 sei bereits eine Konsolidierungsliste geführt worden. Bis heute sei es gelungen, durch eine Erhöhung der Grundsteuern A und B im Jahr 2012 pro Jahr rd. 700.000 € und durch weitere Sparmaßnahmen in unterschiedlichsten Aufgabenbereichen weitere 300.000 € jährlich einzusparen. Weitergehende Einsparmaßnahmen seien aus diesem Grund schwierig.

Für die CDU-Fraktion betont Herr Hense, dass es keine Vorberatungen aus zeitlichen Gründen in den Fachausschüssen über das Haushaltssicherungskonzept gegeben habe. Aus diesem Grund schlägt er vor, heute über die einzelnen Punkte separat zu beraten und im Sinne der Erarbeitung einer Beschlussempfehlung für den Gemeinderat abzustimmen.

Im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich Herr Dr. Höfener für das vorgestellte Haushaltssicherungskonzept aus, wobei er betont, dass Bündnis 90/Die Grünen gegen eine Steuererhöhung seien. Er kritisiert, dass sich die Verwaltung und der Rat gegenseitig die Schuld bzgl. der finanziellen Lage zuschieben. Die Verwaltung habe trotz wiederholter Nachfrage kein Personalentwicklungskonzept vorgelegt. Dies müsse nachgeholt werden. Außerdem bittet er um eine textliche Veränderung der Formulierung „Finanzierung über Steuererhöhung“ im Haushaltssicherungskonzept bzgl. der Zuschüsse für Vereine und Verbände. Einige Ratsmitglieder stimmen der Änderung dieser Formulierung zu.

Herr Krotoszynski spricht sich für die FDP-Fraktion gegen die angedachten Steuererhöhungen aus. Weiterführende Einsparvorschläge sollen seiner Ansicht nach durch den Bürgermeister und die Verwaltung erfolgen. Herr Gromöller und Herr Gottheil bitten ihrerseits um weitergehende Vorschläge durch den Gemeinderat.

Hierauf erfolgt die Beratung über die einzelnen Positionen im HSK. Die Änderungen werden in der Sitzung direkt durch Herrn Gottheil in eine Excel-Tabelle eingetragen. Die aktualisierte Tabelle ist dem Protokoll als **Anlage 1** inklusive der Abstimmungsergebnisse beigefügt und soll als Grundlage für die Beratungen in der Ratssitzung am 19.08.2015 dienen.

Die Abstimmungen zu den einzelnen Positionen und entsprechende Änderungen können dieser Tabelle entnommen werden. Aus diesem Grund werden in der vorliegenden Niederschrift nur weiterführende Anträge und Prüfaufträge an die Verwaltung, die während der Beratungen aufgekomen sind, protokolliert.

Herrn Hense erscheinen die Personalaufwendungen der Gemeinde Havixbeck im Vergleich zu anderen Kommunen sehr hoch zu sein. Er schlägt vor, pauschal 5% bei diesem Posten einzusparen. Herr Böttcher schließt sich dem an und stellt den Antrag, ab dem Haushaltsjahr 2017 pauschal 5%, konkret bei den einzelnen hochgerechneten Jahreswerten für die Personalaufwendungen für die Jahre 2017 bis 2025 pauschal jährlich 200.000 €, zu streichen.

Seitens von Herrn Gromöller wird ausgeführt, dass beim Personal bereits in der Vergangenheit erhebliche Reduzierungen erfolgt seien. Er zählt auf, dass die Anzahl der Fachbereiche von vier auf drei reduziert worden sei. Eine Beigeordnetenstelle sei zudem gestrichen worden. Herr Gromöller warnt davor, dass Kürzungen beim Personal dazu führen, dass Leistungen für Bürger an Drittanbieter vergeben werden müssten. Dies könnte dann zu Erhöhungen der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen führen. Sollten auch diese vermieden werden, wären Leistungskürzungen oder Standardverringerungen die Folge.

Nach einer kontroversen Diskussion stellt Herr Dr. Höfener erneut den zuvor bereits beschriebenen Antrag, ab dem Haushaltsjahr 2017 pauschal 200.000 € an Personalaufwendungen einzusparen.

Über diesen Antrag lässt Herr Gromöller wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen: Ja: 11; Nein: 0; Enthaltung:1.

Hierauf wird über die Produkte einzeln beraten und abgestimmt. Siehe wie oben erwähnt **Anlage 1**.

0101 Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers mit der Prüfung von gemeindlichen Jahresabschlüssen

Seitens der Verwaltung wurde im HSK vorgeschlagen, auf die Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers ab 2016 zu verzichten und stattdessen diese Funktion dem Rechnungsprüfungsausschuss zu übergeben.

Einige Ratsmitglieder äußern sich dagegen, da die Mitglieder hierfür nicht ausreichend qualifiziert seien. Herr Krotoszynski bittet die Verwaltung zu klären, inwieweit die Ausschusssmitglieder bei fehlerhafter Prüfung haftbar gemacht werden können.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Frage bis zur Ratssitzung am 19.08.2015 zu.

Unabhängig hiervon stellt Herr Hense den Antrag, auch weiterhin einen Externen mit der Prüfung des Abschlusses zu beauftragen. Nach Aussage von Herrn Gottheil kann das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Coesfeld diese Prüfungsleistung nur gegen Kostenerstattung und aufgrund der dortigen Kalkulation der Prüfungstage voraussichtlich sogar nur zu einem höheren Preis als die aktuell beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erfolgen. Hierauf erfolgt die Abstimmung über die weitere Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers mit der Prüfung von gemeindlichen Jahresabschlüssen:

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen: Ja: 10; Nein: 1; Enthaltung: 1.

Damit wird dem Konsolidierungsvorschlag der Verwaltung nicht gefolgt.

Hierauf erfolgt die Beratung und Abstimmung u.a. zu folgenden Produkten:

0303 Streichung der Miete für die Soccerhalle bzw. Sporthalle Altenberge

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen: Ja: 12.

Somit wird die Miete für die Soccerhalle/Sporthalle Altenberge gestrichen.

Nach der Abstimmung macht Herr Böttcher darauf aufmerksam, dass für die Oberstufe ein Angebot einer Sportfläche zwingend notwendig sei. Er bittet die Verwaltung, bis zu Ratssitzung zu prüfen, ob dies im Flothfeld angeboten werden könne.

Die Verwaltung sagt zur Ratssitzung eine Beantwortung zu.

0403 Übertragung der Aufgabe „Volkshochschule“ auf den Kreis Coesfeld

Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses schlagen vor, die Mitgliedschaft der Gemeinde Havixbeck in der VHS Dülmen/Haltern am See/Havixbeck zu beenden, weil die hier vor Ort durchgeführten Bildungsangebote in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den Angeboten in Dülmen oder Haltern stehen. Die in Havixbeck tätigen weiteren Bildungsträger könnten gebeten werden, die eigenen Bildungsangebote zu erhöhen. Seitens der Verwaltung wird hierzu ausgeführt, dass die Übertragung der Aufgabe auf den Kreis Coesfeld zur Folge haben wird, dass die Angebote vor Ort spürbar zurückgehen. Vor dem Hintergrund, dass die weiteren Bildungsträger zum einen in Abstimmung mit der Gemeinde und der VHS lediglich bestimmte Themenschwerpunkte anbieten und zum anderen in großen Teilen ehrenamtlich tätig seien, wird eine Kompensation der wegfallenden VHS-Kurse nur in sehr begrenztem Umfang gesehen. Herr Gromöller weist darauf hin, dass die VHS Dülmen/Haltern am

See/Havixbeck qualitativ hochwertig arbeite. Die Wirtschaftlichkeit liegt nahe den von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW ermittelten Benchmarks und werde regelmäßig durch das Controlling der Stadt Dülmen überprüft.

Sodann erfolgt die Abstimmung über den Ausstieg aus der Mitgliedschaft der VHS.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen: Ja: 11; Nein: 1.

In die Konsolidierungsliste ist somit ab dem Jahr 2017 jährlich eine Einsparung von 20.000 € aufzunehmen.

0405 Einführung eines „pflichtigen“ oder „freiwilligen“ Eintrittsgeldes für das Baumberger Sandsteinmuseum

0405 Privatisierung/Wechsel der Trägerschaft beim Baumberger Sandsteinmuseum

Herr Gromöller lässt über die Einführung eines Eintrittsgeldes und über den Wechsel der Trägerschaft 2018 gemeinsam abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen: Ja: 12.

Hierauf lässt Herr Gromöller über Herrn Krotoszynskis Antrag, den Wechsel der Trägerschaft des Baumberger Sandsteinmuseums bereits 2016 durchzuführen, wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt: Ja: 3; Nein: 9.

0803 Privatisierung/Wechsel der Trägerschaft beim Freibad

Herr Krotoszynski stellt den Antrag, einen Wechsel der Trägerschaft des Freibades bereits 2016 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt: Ja: 3; Nein: 9.

Im Nachgang zur Abstimmung weist Herr Böttcher darauf hin, dass natürlich ein frühzeitiger Trägerwechsel begrüßt werde. Das Abstimmungsergebnis bringe lediglich zum Ausdruck, dass eine Umsetzung in 2016 als nicht realistisch eingeschätzt werde.

Hierauf wird über den Wechsel der Trägerschaft im Jahre 2018 abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen: Ja: 7; Nein; 4; Enthaltung:1.

1504 Haus Suthues

Herr Hense berichtet, dass der Heimatverein sich bereit erklärt habe, auf den Energiekostenzuschuss durch die Gemeinde zu verzichten. Er stellt den Antrag, das Haus Suthues nicht zu verkaufen. Des Weiteren soll der Energiekostenzuschuss dem Hei-

matverein nicht mehr gewährt werden. Über die weitere Nutzung des Gebäudes möge im Arbeitskreis „Gebäude“ beraten werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen: Ja: 12.

1601 Erstwohnsitzkampagne

Herr Eilers stellt den Antrag, dass die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer durchgeführt werden möge.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen: Ja: 3; Nein: 0; Enthaltungen: 9.

Nach der Abstimmung bittet Herr Krotoszynski die Verwaltung, bis zur Ratssitzung am 19.08.2015 zu prüfen, wie hoch die Einnahmen der Gemeinde durch die Einnahmen aus einer Zweitwohnsitzsteuer ausfallen könnten. Die Verwaltung sagt eine Überprüfung diesbezüglich zu.

Produktübergreifend: Reduzierung des Bewirtschaftungsaufwandes für die gemeindlichen Gebäude durch die in 2015 durchzuführende Reinigungsausschreibung

Seitens der CDU-Fraktion wird angeregt, einen neuen Vorschlag „Reduzierung des Energieaufwandes (Strom und Gas)“ in das HSK aufzunehmen. Die Verwaltung möge prüfen, welche Einsparmöglichkeiten hierzu möglich sind.

Herr Gromöller lässt über die Reduzierung des Bewirtschaftungsaufwandes für die gemeindlichen Gebäude durch die in 2015 durchzuführende Reinigungsausschreibung und die Reduzierung des Energieaufwandes (Strom und Gas) in einem Durchgang wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen: Ja: 12.

Hierauf erfolgt die Beratung über die Hebesätze der Grundsteuer A und B.

Die Ratsmitglieder erklären, dass sie fraktionsübergreifend einer Steuererhöhung nur dann zustimmen können, wenn dies durch eine stufenweise Staffelung erfolge. Die Verwaltung möge so schnell wie möglich den Ratsmitgliedern 3 bis 4 Beispiele aufzeigen, in denen durch einen langsameren Anstieg der Hebesätze der Grundsteuern bis 2024/2025 ein positives Jahresergebnis erreicht werden kann. Herr Gottheil sagt zu, den Ratsmitgliedern mehrere Szenariorechnungen zukommen zu lassen.

Diese sind dem Protokoll ebenfalls in der **Anlage 1** beigefügt.

Auf Nachfrage von Herrn Krotoszynski wird die Übersicht, auf der die finanziellen Auswirkungen möglicher Hebesätze für die Grundsteuer B auf die Eigentümer bzw. Mieter ersichtlich werden, dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Herr Dr. Höfener bittet erneut, dass die textliche Formulierung „Finanzierung über Steuererhöhung“ bei den freiwilligen Zuschüssen für Vereine und Verbände im HSK gestrichen wird.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Ein endgültiger Beschluss zum vorliegenden HSK mit den in der heutigen Sitzung erfolgten Änderungen soll in der kommenden Ratssitzung am 19.08.2015 erfolgen. In dieser Sitzung soll auch entschieden werden, in welcher zeitlichen Staffelung die Erhöhung der Grundsteuern erfolgen soll.

Die Ratsmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise ohne formelle Abstimmung zu.

Herr Gromöller bietet vor der Ratssitzung am 19.08.2015 die Durchführung eines interfraktionellen Gespräches an, um offene Fragen gemeinsam klären zu können.

TOP 6

Anfragen der Ratsmitglieder gem. § 17 Abs. 2 GeschO

Seitens der Ratsmitglieder werden folgende Anfragen gestellt:

TOP 6.1

Herr Hense: Gespräche mit AWO

Sind mit der AWO über die weitere Vorgehensweise bzgl. der Nutzung des AWO-Gebäudes Gespräche geführt worden?

Antwort der Verwaltung:

Ja, es hat ein Gespräch stattgefunden.

TOP 6.2

Herr Krotoszynski: Aktuelle Flüchtlingssituation

Wie sieht die aktuelle Flüchtlingssituation in Havixbeck aus?

Antwort der Verwaltung:

Aufnahme 2015: 63 Personen (Juni bis Anfang August 32 Personen!)

Einige Informationen zum Thema:

- **Im Flothfeld 120**

Die Arbeiten zum Umbau liegen im Zeitplan. Eine Familie ist eingezogen, im Laufe der nächsten 10-14 Tage können zwei weitere Wohnungen belegt werden. Die vierte Wohnung wird ebenfalls in Kürze fertiggestellt (Einbau Bad erfordert entsprechend Zeit).

Für einen großen Raum im KG hat das Bauordnungsamt die Genehmigung für eine befristete Unterbringung in Aussicht gestellt.

Die Kosten für den Umbau werden nach derzeitiger Schätzung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel liegen.

- **Anmietung von Wohnraum**

Zum einen konnte eine Wohnung für eine fünfköpfige Familie angemietet werden.

Mit großer Unterstützung durch die Gemeinde konnten eine alleinerziehende Mutter und zwei Einzelpersonen jeweils privaten Wohnraum mieten.

Es wird weiter versucht, Wohnraum anzumieten, bzw. Personen zu unterstützen

- **Mergelkamp 30**
Das Bauordnungsamt hat signalisiert, dass die Apartments im KG befristet zur Unterbringung genutzt werden könnten. Allerdings ist dort der Anziehungspunkt untergebracht, der ebenfalls wertvolle Arbeit leistet.
- **Schule Hohenholte**
Die Nutzer des Erdgeschosses haben die Räume übergeben, die Arbeiten zum Umbau sind gestartet. Anfang kommender Woche wird eine 7-köpfige Familie dort einziehen. Der zweite Raum wird parallel umgebaut, so dass dort in Kürze ebenfalls Personen einziehen können. Die Baugenehmigung liegt vor.
- **Hallenbad**
Hier könnten im Umkleidetrakt Personen vorübergehend untergebracht werden. Seitens des Bauordnungsamtes würden jedoch Anforderungen an den vorbeugenden Brandschutz gestellt. Das Antragsverfahren läuft. Ob Aufwand (und Auswirkungen einer Hallenbadschließung) und Nutzen dann in einem angemessenen Verhältnis stehen, ist zu bewerten, wenn die Anforderungen bekannt sind.
- **Turnhalle**
Die Verwaltung wird vorsorglich eine Baugenehmigung zur Unterbringung von Personen beantragen. Sollte es erforderlich sein, so könnte die Belegung dann schnellstmöglich erfolgen.
- **AWO-Gebäude**
Die Baugenehmigung liegt vor. Das Gebäude wird noch mindestens bis zum 30.09. durch die AWO genutzt.
- **Ev. Kirche**
Die Bauordnungsbehörde hat signalisiert, dass eine Nutzung eines Raumes nun doch vorübergehend möglich sei. Hier sind noch weitere Planungen vorzunehmen.
- **Bahnhof**
Die DB hat das Gebäude nun übergeben. Es wird geprüft, ob sich die Räume ebenfalls zur Unterbringung von Personen eignen.
- **Erstaufnahme von Flüchtlingen**
Der Kreis Coesfeld hat alle Kommunen aufgefordert, Flächen oder Räume für die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung zu melden. Die Gemeinde Havixbeck hat mit Zustimmung der Eigentümer zwei Flächen gemeldet, die sich in Privatbesitz befinden.

TOP 6.3

Herr Eilers: Bescheide Münsterstraße

Der Haushalt 2015 weist keinen Eintrag für die Einnahmen aus den Anliegerbeiträgen der Münsterstraße auf. Werden die Bescheide im September an die Anlieger verschickt werden?

Antwort der Verwaltung:

Die Bescheide werden voraussichtlich Ende September, Anfang Oktober an die Anlieger verschickt werden.

Da im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keine Beratungspunkte auf der Tagesordnung stehen, lässt Herr Gromöller darüber abstimmen, den nichtöffentlichen Teil nicht zu öffnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen: Ja: 12.

Somit schließt die Sitzung um 22:18 Uhr.

Unterschriften:

Klaus Gromöller
Bürgermeister

Hayrie Salish
Schriftführerin